

Redebeitrag Lisa-Marie Jalyschko / Ratssitzung 11.05.2021

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
Sehr verehrtes Präsidium,

Ich will ehrlich sein: zuerst dachte ich, es wäre ein Scherz. Vielleicht ein Antrag von den hochverehrten Kollegen von P2? Doch nein, er stammt aus der Feder von CDU & FDP. Passend zu dem hochdramatischen Titel ist der Antrag dermaßen realitätsfremd, dass ich Vorab, es versteht sich von selbst, dass wir den Antrag natürlich ablehnen.

Doch schauen wir uns mal die Fakten an:

Sie schreiben: **öffentlichen Parkraum für die Anwohner, Kunden und Beschäftigten besonders in der Innenstadt in der Vergangenheit zu wenig Priorität entgegengebracht.**

Wir haben ein **Überangebot an Parkplätzen**: Die öffentlichen Parkhäuser sind durchgehend nicht ausgelastet.

Unsere Straßenquerschnitte räumen dem Kfz-Verkehr, fließend oder ruhend, den größten Platz ein, während Rad- und Fußverkehr sich irgendwie an den Rand quetschen müssen. Der Wilhelmitorwall ist ein gutes Beispiel dafür.

Unsere Innenstädte sind weitestgehend unangenehme Orte geworden, die wenig Aufenthaltsqualität bieten und zunehmend veröden: Stichwort Innenstadtdialog.

Eine der großen Fehlentwicklungen, die uns hier hingeführt haben, ist das Bild der autogerechten Stadt. Ein Bild, das wir radikal hinterfragen müssen, wenn wir eine soziale und nachhaltige Zukunftsperspektive für Braunschweig wollen.

Sie schreiben auch, dass die Verwaltung schlüssig darlegen soll, wo alternative Parkplatz-Kapazitäten bestehen. Kein Problem ich nehme ihnen mal eben die Arbeit ab: Sie gehen auf **Braunschweig.de -> Leben in Braunschweig -> Stadtplan & Verkehr -> Parkplätze**

Da finden sie Echtzeitinformationen. Machen sie sich den Spaß. Sie werden sehen, dass die Parkhäuser in der Innenstadt bei weitem nicht ausgelastet sind. Da sind Kapazitäten! Und wenn sie mit den Öffnungszeiten dieser Parkhäuser unzufrieden sind, Herr Möller, dann können Sie ja deren Ausweitung beantragen.

Aber wofür erzähle ich Ihnen all das eigentlich?

Sie, sehr geehrte Kolleg*innen aus den Fraktionen CDU & FDP, sie wissen das alles doch. Seit Jahren, nein, seit Jahrzehnten, schlagen Mobilitätsverbände, Umweltverbände, die Wissenschaft, Fridays for Future, ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung und sogar die Stadtverwaltung Alarm. Wir brauchen die ökosoziale Verkehrswende. Es liegt glasklar auf der Hand, was wir tun müssen, um unsere Innenstadt zu retten und um der Bevölkerung eine lebenswerte Stadt und eine lebenswerte Zukunft zu sichern.

Und was sie auch wissen, ist das kein Weg daran vorbeiführt. Sie sind frustriert und vielleicht auch etwas verunsichert, dass die verkehrspolitischen Phrasen, die Sie seit jeher unverändert dreschen, nicht mehr funktionieren.

Sie behaupten, es würde Ihnen vor allem um alte Menschen und um Menschen aus dem ländlichen Raum gehen.

Doch die tiefe Ungerechtigkeit, die die Ideologie der autogerechten Stadt geschaffen hat, trifft genau diese Menschen am meisten. Enge Fußwege, Konflikte zwischen Fußgänger*innen und Radfahrenden, schlechte Sichtbeziehungen, die das Überqueren einer Kreuzung zum Risiko machen - all das verschlechtert massiv die Lebens- und Aufenthaltsqualität, es macht Menschen immobil.

Genauso immobil, wie Sie mit Ihrem Antrag die Fachverwaltung machen wollen. Ihr Antrag würde viele wichtige, zukunftsweisende Investitionen in die Zukunft Braunschweigs und in die Verkehrswende behindern.

Und genau das ist Sinn und Zweck, denn Sie haben Angst vor der Verkehrswende! Angst vor den sozialen Umwälzungen, vor einer neuen Gerechtigkeitsdebatte über öffentlichen Raum.

Doch Zukunft wird aus Mut gemacht.

Wir können es uns als Stadtgesellschaft nicht mehr leisten, kostbaren öffentlichen Raum für das Abstellen von Autos zu vergeuden. Das ist wissenschaftlicher Fakt. Wir müssen die kommenden Jahre intensiv dafür nutzen, öffentlich Raum neu zu verhandeln und umzuverteilen. Das bedeutet natürlich auch, dass die Politik sich dazu bekennen muss, woher diese Flächen kommen sollen.

Um unsere grüne Bundestagskandidatin Margaux Erdmann zu zitieren: Wir lassen niemanden zurück. Ich verspreche Ihnen allen: **Wir werden auch bei der Verkehrswende niemanden zurücklassen.** Wir werden gemeinsam eine Stadt schaffen, die alte Menschen, behinderte Menschen, Kinder, Jugendliche, Menschen aus dem ländlichen Raum in den Mittelpunkt stellt. Wir werden den ÖPNV noch verlässlicher und komfortabler machen, wir werden das Radfahren für Menschen jeden Alters sicher und bequem machen, wir werden Quartiere schaffen, in denen man gerne zu Fuß unterwegs ist und alle wichtigen Dinge des Alltags eigenständig erledigen kann.

Wir werden all das schaffen und wir wissen ganz genau, wie wir das in Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Verwaltung schaffen.

Der vorliegende Antrag bringt wunderbar auf den Punkt, was CDU & FDP in den vergangenen Jahren schon oft genug unter Beweis gestellt haben: Dass sie verkehrspolitisch ahnungslos sind. Sie halten fest an Vorstellungen & Argumenten aus längst vergangener Zeit und sie haben Angst davor, was passiert, wenn das eigene Auto in der Stadt vollständig obsolet wird und ihre Politik es damit auch.

Vielen Dank.